



Deutschlands schrumpfende Führungsrolle im EU-Haushalt

Ute Pappelbaum

Deutschland bleibt der größte Nettozahler der Europäischen Union – trotz stagnierender Konjunktur. Wie aus dem neuen Bericht des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) hervorgeht, lag der deutsche Nettobeitrag zum EU-Haushalt im Jahr 2024 bei 13,1 Milliarden Euro, umgerechnet 157 Euro pro Kopf. Im Vergleich zu 2022 entspricht das einem Rückgang um ein Drittel.

Wirtschaftlicher Abschwung senkt Haushaltsanteil

Der Rückgang ist keine politische Neuausrichtung, sondern das Ergebnis ökonomischer Dynamiken. Die Beiträge der Mitgliedstaaten bemessen sich am Bruttonationaleinkommen (BNE). Wenn das Einkommen sinkt, sinkt auch der Beitrag. Die EU-Kommission rechnet auch 2025 nicht mit einer wirtschaftlichen Erholung in Deutschland. Der Rückgang der Nettoposition auf nun 13,1 Milliarden Euro liegt wieder im Bereich des Durchschnitts der Jahre 2014 bis 2020 – damals waren es im Mittel 13,5 Milliarden Euro.

Im Jahr 2022 lag der Nettobeitrag noch bei 19,7 Milliarden Euro, 2023 bei 17,4 Milliarden Euro. Die Tendenz ist eindeutig: Ein sinkender Anteil am Bruttonationaleinkommen (BNE) mindert automatisch die fiskalische Belastung.

Nettozahler und Empfänger: Systematik vor Solidarität

Die Liste der größten Nettozahler bleibt konstant: Deutschland liegt vor Frankreich (4,8 Milliarden Euro), Italien, den Niederlanden und Schweden. Die größten Empfänger sind Griechenland (3,5 Milliarden Euro), Polen (2,9 Milliarden Euro) und Rumänien (2,7 Milliarden Euro). Gemessen an der Pro-Kopf-Verteilung führt Luxemburg mit 560 Euro – ein Effekt institutioneller Sonderzuweisungen. Danach folgen Lettland (547 Euro), Estland (444 Euro) und Litauen (435 Euro).

Auffällig ist der Rückgang in Polen: Von 8,1 Milliarden Euro im Jahr 2023 auf unter 3 Milliarden Euro 2024. Eine Verschiebung, die auf gestiegene Eigenmittelverpflichtungen durch wirtschaftliches Wachstum hindeutet.

Wer trägt wie viel? Die Last gemessen am Bruttonationaleinkommen (BNE)

Setzt man die Zahlungen in Relation zum Bruttonationaleinkommen (BNE), zeigt sich ein anderes Bild: Österreich, Schweden und Irland tragen mit jeweils rund 0,5 Prozent ihres BNE die höchste Last im kombinierten EU-Haushalt inklusive des Wiederaufbaufonds. Deutschland liegt mit 0,35 Prozent auf Rang sechs – trotz absoluter Spitzenposition.

Auf der Empfängerseite steht Lettland mit 3,12 Prozent seines Bruttonationaleinkommens (BNE) an der Spitze, gefolgt von Estland und Kroatien. Die fiskalischen Transfers bilden damit ein ökonomisches Abbild der Integration: Leistungsfähige zahlen, aufholende Regionen profitieren.

Nebenhaushalt verändert Rangordnung

Seit 2021 ergänzt der Wiederaufbaufonds NextGeneration EU (NGEU) den regulären Haushalt. Werden beide Töpfe zusammengefasst, ändert sich die Rangfolge: Deutschland profitiert 2024 überdurchschnittlich stark vom NGEU-Fonds und fällt dadurch im Gesamtbild auf Platz sechs der Nettozahler, gemessen am Bruttonationaleinkommen (BNE).

IW-Expertin Samina Sultan spricht von einem „Spiegel der wirtschaftlichen Machtverhältnisse“ – mit Deutschland und Frankreich als „Sorgenkinder“. Ihre schwächelnden Volkswirtschaften schlagen sich unmittelbar in ihren abnehmenden Beiträgen nieder.

Strukturelle Unterschiede statt politischer Gleichheit

Die Teilsalden zeigen, wer in welchen Bereichen besonders profitiert. Lettland erhält 0,91 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) aus der Agrarpolitik – mehr als jedes andere Land. Bei der Kohäsionspolitik liegt der Wert sogar bei 1,31 Prozent. Deutschland trägt im Agrarbereich überdurchschnittlich, liegt bei der Kohäsion aber nicht unter den fünf größten Nettozahlern.

Kein Rückzug, aber eine neue Realität

Der EU-Haushalt folgt einer Systemlogik, nicht moralischer Gleichmacherei. Die sinkenden deutschen Beiträge sind Ausdruck eines realwirtschaftlichen Rückgangs. Das ändert nichts an der Struktur – aber an der Dynamik: Wenn wirtschaftliche Leistung schrumpft, schrumpft auch der fiskalische Einfluss. Der nächste Mehrjährige Finanzrahmen (2028–2034) wird zeigen, ob das System tragfähig bleibt – oder angepasst werden muss.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4947119/Deutschlands-schrumpfende-Fuehrungsrolle-im-EU-Haushalt/>